

Nicht groß genug für eine Krise

Von den 660 heimischen Banken gelten 590 als klein. Die Finanzmarktaufsicht hat eine Reihe von Vorschlägen, wie Kleinbanken ein weniger enges Regulierungskorsett geschnürt werden könnte, um sie auf der Kostenseite zu entlasten.

Von Karl Leban

Wien. Sie haben keine systemische Relevanz, im Fall einer Schieflage würden sie in ihrer Branche demnach auch keine Krise auslösen. Die Rede ist von Banken, die relativ klein, wenig komplex und in der Regel lokal tätig sind. Von diesen gibt es vor allem in Österreich, aber auch in Deutschland und Italien eine Vielzahl. Zirka 590 der 660 österreichischen Banken sind in den Augen der Finanzmarktaufsicht (FMA) klein. Künftig sollen diese Institute im Vergleich zu ihren großen Pendanten einer weniger strengen Regulierung unterliegen. Die EU sammelt dazu gerade Vorschläge der Bankenaufsicht ein.

Geht es nach der FMA, könnte es größere „Erleichterungen“ für Banken geben, die maximal fünf Milliarden Euro Bilanzsumme haben oder lediglich 0,2 bis 0,4 Prozent Marktanteil. Wäre die Definition von „klein“ so gefasst, würden hier vor allem die vielen kleinen Raiffeisenbanken in Österreich zum Zug kommen. Sie wären dann Nutznießer eines weniger engen Regulierungskorsetts – nicht aber die Sparkassen, die einen Haftungsverbund mit der Erste Bank bilden, und die Volksbanken, die ebenfalls in einem größeren Verbund zusammengeschlossen sind.

Weniger Bürokratie-Aufwand

Graduell milder als bisher könnten aber auch Institute mit einer Bilanzsumme von 5 bis 30 Milliarden Euro davonkommen, meint FMA-Vorstand Helmut Ettl. Unverändert streng bliebe dann nur das Regelwerk für jene Banken, die sehr groß sind und als systemrelevante Institute unter die direkte Aufsicht der Europäischen Zentralbank fallen.

Bisher hat das aufsichtsrechtliche Regelwerk kaum unterschieden, ob eine Bank groß oder klein ist. Große Institute kämen mit den damit verbundenen Kostensteigerungen jedenfalls wesentlich besser zurecht als kleine, gibt Ettl zu bedenken.

Mit Erleichterungen für Kleinbanken soll nun erreicht werden,



Die FMA (im Bild ihr Sitz in Wien) hat künftig auch das Recht, den Vertrieb von Finanzprodukten zu verbieten. Foto: apa/Fohringer

dass die Regulierung nicht automatisch einen Konzentrationsprozess fördert (indem immer mehr Kleininstitute fusionieren, um die Zusatzkosten tragen zu können). Vor allem Länder wie Österreich und Deutschland sorgen sich um die Versorgung ländlicher Regionen mit Bankdienstleistungen. Ohne Gegensteuern wäre diese wohl gefährdet.

Mit Blick auf Kleinbanken, die selbständig agieren, keine riskanten Geschäfte betreiben und auf ihre Region beziehungsweise das Inland beschränkt sind, hat die FMA eine Reihe von Vorschlägen für Erleichterungen parat. So sollten die Kleinen von den umfassenden Melde- und Veröffentlichungspflichten, wie sie für große

internationale Banken gelten, ausgenommen werden. Zudem sollten sich künftige Vorstände und Aufsichtsräte der Kleinbanken nicht mehr den strengen Fit & Proper-Tests der Aufsichtsbehörde unterziehen müssen.

Auch das Erstellen von Abwicklungsplänen sollte Geldinstituten mit weniger als fünf Milliarden Euro Bilanzsumme erspart werden. Ettl's Worten zufolge genügt es, wenn Kleinbanken im Fall ihres Scheiterns nicht durch das europäische Abwicklungsregime aus dem Markt genommen werden, sondern durch die nationale Insolvenzordnung.

Gratis soll es all diese Erleichterungen jedoch nicht geben. Im Gegenzug sollten Kleinbanken bei

ihrem Eigenkapital einen neuen pauschalierten „Risikopuffer“ vorhalten müssen, so Ettl.

Anlegerschutz wird verschärft

Neuigkeiten gibt es unterdessen auch zum Anlegerschutz in Österreich, der über eine am 1. Jänner 2018 in Kraft tretende Novelle des Wertpapieraufsichtsgesetzes verschärft wird. So bringt die Novelle unter anderem ein völlig neues Meldewesen und schärfere Wohlverhaltensregeln für die Finanzindustrie, wie FMA-Vorstand Klaus Kumpfmüller berichtet. Anbieter müssen künftig darlegen, für welchen Kundenkreis ein Finanzprodukt gedacht ist und wo wieviel Provisionen vorgesehen sind (versteckte Provisionen sollen somit

nicht mehr anfallen können). Vom Bank- oder Finanzberater müsse zudem jedes Beratungsgespräch protokolliert und dokumentiert werden. Laut Kumpfmüller ist der Kunde auch zu informieren, ob die Beratung unabhängig erfolgt oder nicht, wobei zwischen Provisions- und Honorarberatung unterschieden wird.

Was die Novelle ebenfalls vorsieht: Die FMA hat ab 2018 ein Interventionsrecht bei hochriskanten Finanzprodukten, indem sie deren Vertrieb verbieten oder beschränken kann. Hätte man dieses Recht schon früher gehabt, wäre etwa der Kampf gegen bestimmte Tilgungsträger bei Fremdwährungskrediten leichter gewesen, so Kumpfmüller. ■

Oberösterreich hat fast drei Milliarden Schulden

Landeshauptmann Stelzer: „Über Verhältnissen gelebt.“

Linz. Der Ökonom Teodoro Cocca der Uni Linz hat im Auftrag des Landes Oberösterreich eine Studie zu den Landesfinanzen erstellt. Es ist die angekündigte „Startbilanz“ des neuen Landeshauptmanns Thomas Stelzer. Fazit: Das Land steht nicht schlecht da, aber es braucht strukturelle Reformen, um mehr freie Mittel für gezielte Maßnahmen zu haben. Der Schuldenstand wird mit 2,969 Milliarden Euro beziffert.

„Die Ausgangslage ist solide“, sagte Cocca. Oberösterreich sei volkswirtschaftlich stark und habe bereits Reformfähigkeit unter Beweis gestellt. Dann kam jedoch das große Aber: Die strategische Steuerung sei verbesserungswür-

dig, die künftigen finanziellen Verpflichtungen übersteigen die reinen Finanzschulden.

Die derzeitige freie Finanzspitze von rund neun Prozent sowie die Sparquote von rund zehn Prozent schaffen nicht ausreichend Spielraum, um künftige Herausforderungen ohne neue Schulden bewältigen zu können. Cocca schätzt den jährlichen Bedarf an zusätzlichen freien Mitteln aus der laufenden Gebarung auf 150 bis 200 Millionen Euro.

Dies zeige, so Stelzer, dass Oberösterreich in den vergangenen Jahren über seine Verhältnisse gelebt habe: „Das Land hat drei Milliarden Schulden und da kann man nichts mehr draufpacken.“ ■

Grüne Eskalation in Kärnten

Vize-Landessprecher Rolf Holub weist Vorwürfe der Wahlmanipulation scharf zurück.

Klagenfurt. Die Situation bei den Kärntner Grünen droht nun endgültig zu eskalieren. Rolf Holub, Landesrat und stellvertretender Landessprecher, kündigte im ORF rechtliche Schritte gegen Vorwürfe des Stimmenkaufs und der Wahlmanipulation bei der Listenerstellung an. Die zurückgetretene Landessprecherin Marion Mitsche überlegt ihrerseits eine Klage gegen Holubs Wortwahl.

In der ZIB 24 sagte Holub, dass einige versuchen würden, die Landesversammlung, bei der die Listen für die Nationalrats- und Landtagswahl erstellt worden waren, wiederholen zu lassen, weil sie nicht zum Zug gekommen seien. „Drei, vier Menschen haben mit den Medien Druck gemacht, um uns zu erpressen. Ich lasse mich nicht erpressen.“

Es seien Vorwürfe von Wahlmanipulation erhoben worden, so Holub. „Was soll ich tun, wenn es drei Unzufriedene gibt, die Selbstmordattentate machen und alles in die Luft sprengen?“ Partei- und Klubanwältinnen hätten die Vorwürfe geprüft, „und es ist alles in Ordnung gewesen“. Es sei „Unsinn“, dass Asylwerber mitgestimmt hätten, die kein Deutsch oder Englisch sprechen. „Jetzt werden wir einmal mit dem Rechtsanwalt herumschreiben und Entgegnungen verlangen“, sagte Holub zur APA.

Es könne zwar sein, so Holub, dass bei der Landesversammlung Mitglieder stimmberechtigt waren, die kein Deutsch sprechen, da gebe es etwa eine Französin, auf die das zutreffe. „Die Asylwerber waren sicher nicht die, die kein Deutsch sprechen.“

Die im Zuge der Streitigkeiten zurückgetretene, ehemalige Landessprecherin Marion Mitsche überlegt nun ihrerseits rechtliche Schritte, aber auch über Parteaustritt denkt sie nach. Holubs Sprache mit „Erpressung“ und „Selbstmordattentäter“, womit wohl auch sie gemeint sei, verwundere und irritiere sie massiv.

Holub rät sie, sich auf grüne Grundwerte wie Gewaltfreiheit zu besinnen. „Das ist keine gewaltfreie Sprache.“ Sie wollte die Vorwürfe bezüglich der Landesversammlung lediglich extern prüfen lassen. „Aber das wurde abgelehnt. Deshalb bin ich ja zurückgetreten.“

Die Grüne Bundessprecherin Ingrid Felipe stellt sich im Streit bei den Kärntner Grünen hinter Landesrat Holub. ■